

# Der Umweltbeirat informiert: „Einmal ohne, bitte“

Zum 1. Januar 2023 hat die Bundesregierung ein neues Verpackungsgesetz verabschiedet. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes ist die Pflicht für Gastronomiebetriebe wie Restaurants, Caterer, Imbisse und Cafés, die Essen für unterwegs verkaufen, Mehrwegverpackungen aktiv und ohne Mehrkosten für die Kunden anzubieten und/oder mitgebrachte Verpackungen der Kunden zu akzeptieren.

Leider hat es sich schon nach kurzer Zeit gezeigt, dass das neue Gesetz nur sehr zögerlich bis gar nicht umgesetzt wurde. Das hat vielerlei Gründe: Es sind Zusatzkosten und erhöhter Arbeitsaufwand für die Gastronomie, der Kunde muss die Mehrwegverpackungen wieder zurückgeben, es entsteht dadurch zusätzlicher Transportaufwand und auch die Registrierung und Verwaltung der Transportboxen ist mit Aufwand verbunden. Wie „einfach“ sind dagegen Einmalverpackungen – schnell verpackt, Essen entnehmen und das Transportbehältnis in den Müll...

Doch so „einfach“ ist es leider nicht. Nicht nur, dass fast alle Einmalverpackungen gesundheitsschädliche Stoffe enthalten, die in die Speisen eindringen können, wächst durch diese „Take-Away“-Verpackungen unser Müllberg rasant weiter, allein in Deutschland über 18 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle pro

Jahr, Tendenz steigend. Und die Kosten für die Entsorgung tragen im Endeffekt wieder wir als Bürgerinnen und Bürger über unsere Steuern und Abgaben.

Was tun? Gelöst oder zumindest gemildert muss das Müllproblem werden, darin sind sich alle Beteiligten – Staat, Kommunen, Gastronomie und nicht zuletzt wir Bürger – einig.

Eine mögliche Lösung wäre eine Verschärfung des Abfallgesetzes mit Sanktionen für die Betriebe, die die gesetzlichen Vorgaben nicht einhalten bis hin zu einem Verbot von Einmalverpackungen. Die Folgen bei dieser Lösung wären ein erhöhter Überwachungsaufwand durch die Behörden oder Ordnungsämter, folglich zusätzliche Kosten und erhöhter Bürokratieaufwand. Im Endeffekt Mehrkosten für uns Steuerzahler.

Eine weitere Lösung wäre eine kommunale Verpackungssteuer nach dem Vorbild von Tübingen. Dort werden seit Anfang 2022 je 50 Cent für Einweggeschirr und Einwegverpackungen sowie 20 Cent für Einwegbesteck fällig, höchstens aber 1,50 Euro pro „Einzelmahlzeit“. Zahlen müssen die Verkäufer der Speisen und Getränke, das sind nach Angaben der Stadt rund 440 Betriebe in Tübingen. In Tübingen hat die Einführung dieser Steuer zu einer deutlich gestiegenen Zahl der Betriebe geführt, die Mehrweggeschirr anbieten.



Dieses Steuermodell ist aber mit einem erheblichen Aufwand verbunden, weil jede Kommune für sich eine eigene Lösung entwickeln, verabschieden und durchführen muss. Ein enormer Verwaltungsaufwand und wieder Zusatzkosten für uns Bürger. Für Fürstfeldbruck hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Frühjahr die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer beantragt. Der Stadtrat hat entschieden diesen Antrag vorerst „auf Eis zu legen“ und abzuwarten, wie sich diese kommunale Steuer in anderen Städten bewährt oder, ob doch eine landesweite Regelung kommt. Der Brucker Stadtrat will in 2024 final über den Antrag entscheiden. Die aber wohl einfachste und letztendlich preiswerteste Lösung den Verpackungsmüll zu reduzieren, wäre es, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Müllvermeidung beteiligen und mit eigenen Behältnissen zu den Gastrobetrieben ge-

hen, um Essen to go zu kaufen. Mit einer bundesweiten Aktion versucht die Initiative „Einmal ohne, bitte“ diesen Weg voranzubringen und Gastronomie sowie Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu ermutigen. Ziel ist die Vermeidung von Verpackungsmüll beim Einkauf sowie Take-away. Mittels eines Stickers – siehe Foto – und einer interaktiven Online-Karte werden Geschäfte und Lokale sichtbar gemacht, in denen Kundinnen und Kunden Backwaren, Käse, Wurst, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel ohne produkteigene Verpackung erwerben können. Durch verschiedene Online-Formate, Kampagnen und Mitmach-Aktionen will die Initiative zudem verpackungsfreies Einkaufen aus der Ökonomie holen und zeigen, dass müllfreies Einkaufen im Alltag für jede und jeden einfach umsetzbar ist.

Wir vom Umweltbeirat wollen diese Aktion unterstützen und wer-

den Geschäfte und Lokale in Bruck auf diese Aktion ansprechen und hoffen auf viel positive Resonanz. Sie als Kunden erkennen Betriebe, die sich beteiligen am „Einmal ohne, bitte“-Sticker und können auf der interaktiven Online-Karte auf [www.einmalohnebitte.de](http://www.einmalohnebitte.de) alle registrierten Betriebe ansehen. Wenn ein Gastrobetrieb oder Geschäft noch nicht registriert ist, fragen Sie trotzdem nach der Möglichkeit, Ihren Einkauf in mitgebrachte Behältnisse zu packen – die Umwelt dankt es Ihnen. Möchten Sie sich registrieren lassen, dann schicken Sie gerne eine E-Mail an [umweltbeirat@beirat-ffb.de](mailto:umweltbeirat@beirat-ffb.de). Mehr Informationen zu den gesetzlichen Regelungen, zur Initiative „Einmal ohne, bitte“ bis hin zu Hygieneregeln finden Sie unter [www.einmalohnebitte.de](http://www.einmalohnebitte.de), auf Facebook unter [einmalohnebitte](https://www.facebook.com/einmalohnebitte) oder auf Instagram unter [einmal.ohne.bitte](https://www.instagram.com/einmal.ohne.bitte).

Georg Tscharke  
Umweltbeirat

**FARBEN & TAPETEN**

Farben-Abteilung mit Fachberatung  
Tapeten und Wandbespannungen  
Farben und Lacke für alle Anwendungen  
Malerbedarf und Zubehör

**NASTOLL**  
einrichten und wohnen

Siedlerplatz 26 08141/2276640  
Fürstfeldbruck info@nastoll.com

**WWW.NASTOLL.COM**